

Ist Demokratie ein universell übertragbares Konzept?

Christian Welzel

Angesichts der jahrzehntelangen Dominanz diktatorischer Systeme außerhalb der OECD-Welt herrschte bis weit in die 1980er-Jahre die Auffassung vor, die Demokratie moderner Prägung sei eine spezifische historische Konfiguration – entstanden aus den besonderen historischen Erfahrungen des Westens, die so nicht auf andere Kulturräume übertragbar seien. Mit der Etablierung neuer Demokratien in Lateinamerika, Südostasien, Afrika und Osteuropa im Zuge der „Dritten Welle der Demokratisierung“ (Samuel Huntington) änderte sich diese Sicht schlagartig. Es schien, als trete die Demokratie einen unaufhaltsamen Siegeszug in alle Teile der Welt an. Gegen Ende der 1990er-Jahre schwang das Pendel der Beurteilung aber erneut um, ist die Welle der Demokratisierung doch erkennbar ins Stocken geraten, wenn nicht sogar teilweise wieder zurückgedrängt worden. Nicht nur, dass sich weite Teile der islamischen Welt gegenüber dem demokratischen Trend als resistent erweisen und in Gestalt des Fundamentalismus mit einer Herausforderung konfrontiert sind, die entschieden antidemokratische Ziele verfolgt. Zusätzlich hat sich die Erkenntnis verfestigt, dass viele der neu entstandenen Demokratien erhebliche Defizite im Bereich Menschenrechte aufweisen und in einem Ausmaß durch Machtmissbrauch und Korruption gekennzeichnet sind, was sie als vollwertige Demokratien disqualifiziert. Das gilt selbst für eine so lang etablierte Demokratie wie Indien, die im Demokratie-Index 2006 der Zeit-

schrift *The Economist* gar als „verfehlte Demokratie“ charakterisiert wird.

In der Tat, konzentriert man den Blick auf Demokratien, die effektiv funktionieren, scheint die Demokratie rar zu sein. Diese Einsicht hat den Demokratie-Optimismus der frühen 1990er-Jahre deutlich gedämpft und wieder einer Sichtweise Geltung verschafft, die Demokratie als nicht so ohne weiteres übertragbare – weil gesellschaftlich sehr voraussetzungsvolle – Errungenschaft betrachtet. Die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan und im Irak haben ihr Übriges getan, um dieser Sichtweise weiteren Nachdruck zu verleihen. Aus diesen Gründen ist die Forschung in zweierlei Hinsicht sensibilisiert worden. Erstens schaut man genauer auf die Qualität demokratischer Institutionen, indem man Indikatoren wie etwa Korruption heranzieht, um zu einer besser abgewogenen Beurteilung vorhandener Demokratien zu gelangen. Zum Zweiten beschäftigt man sich wieder intensiver mit den materiellen und kulturellen Existenzgrundlagen der Demokratie, die im Folgenden näher beleuchtet werden sollen. Wertvolle Erkenntnisse liefert in diesem Zusammenhang das weltweit größte sozialwissenschaftliche Projekt *World Values Surveys*, eine Untersuchung des sozialen, kulturellen und institutionellen Wandels in über achtzig Ländern weltweit (<http://www.worldvaluesurvey.org>).

Mündige Lebensweise

In der Tradition Joseph A. Schumpeters sehen viele Experten in der Demokratie

nicht mehr als ein schlichtes institutionelles Regelwerk zur Legitimierung von Herrschaft, wobei das Bestellen und Abbestellen von Amtsträgern in Wettbewerbswahlen als der zentrale Mechanismus gilt. Diese Sichtweise ist stark rationalistisch geprägt, denn zur Etablierung von Demokratie bedarf es ihr zufolge lediglich der Einsicht, dass Wettbewerbswahlen das Handeln der Regierenden auf den Mehrheitswillen ausrichten und dadurch das Eigeninteresse der Regierenden an das Gemeinwohl binden. Demokratie ist demnach lediglich die unter Gemeinwohlgesichtspunkten rationale Methode des Machterwerbs.

Kontrastierend dazu kann man Demokratie nicht nur als eine Methode des Machterwerbs unter konkurrierenden Eliten, sondern darüber hinausgehend als eine „Lebensweise“ verstehen, die durch ein bestimmtes Menschenbild inspiriert ist. Demokratie entspringt demnach nicht nur der rationalen Einsicht, sondern ist ein normatives Konzept, das in tief sitzenden Grundüberzeugungen wurzelt und deshalb nur vor dem Hintergrund eines bestimmten Menschenbildes Wurzeln schlagen kann.

Die Schwierigkeiten, die viele Länder nach wie vor mit der Demokratie haben, werden besser begreiflich, wenn wir die Demokratie in der Tat als Lebensweise und nicht nur als institutionelles Regelwerk begreifen. Demokratie als Lebensweise zu begreifen heißt, nach dem Menschenbild zu fragen, das demokratische Ideale im Wertesystem der Menschen verankert und damit Demokratie als Regelwerk für die Menschen erst verständlich, akzeptabel und praktikabel macht. An diese erste These knüpft eine zweite an: Die Idee, die die Demokratie vom innersten Kern her inspiriert, ist es, die Menschen in den Stand zu versetzen, sich selbst zu regieren. Der mündige, zur Selbstbestimmung und zum eigenen Urteil fähige Mensch ist das Leitbild

der Demokratie. Gewährleistet werden soll Selbstbestimmung durch Rechte – Rechte, die die Menschen in den Status von Bürgern erheben und die alle staatliche Autorität auf die Respektierung des Bürgerstatus verpflichten. Diese Rechte umschließen einerseits persönliche Autonomierechte, die „negative“ Freiheit vor Eingriffen in den eigenen Handlungsradius gewähren. Zum anderen beinhalten diese Rechte auch politische Mitwirkungsrechte, die „positive“ Freiheit zur Beeinflussung des öffentlichen Geschehens eröffnen. Die persönlichen Autonomierechte sind ein Mittel der Herrschaftsbegrenzung. Sie sichern Selbstbestimmung durch Etablierung eines Schutzraums privater Autonomie, in welchem die Menschen ihr Leben frei von staatlichen Vorschriften selbst regeln können – soweit das nicht die gleiche Freiheit der Mitmenschen einschränkt. Zu den persönlichen Autonomierechten zählen zum Beispiel die Vertrags- und Niederlassungsfreiheit, die Freiheit der Berufswahl, die Religionsfreiheit, das Besitzrecht, das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Klagerecht gegen staatliche Verwaltungsakte. Herrschaftsbegrenzung alleine reicht aber nicht aus, um Selbstbestimmung zu gewährleisten, wenn staatliches Handeln dort, wo es erlaubt ist, das Leben der Menschen starken Einflüssen unterwirft. Deshalb bedarf es neben der Herrschaftsbegrenzung auch der Herrschaftskontrolle, um staatliches Handeln kanalisieren zu können. Herrschaftskontrolle wird durch politische Mitwirkungsrechte gewährleistet. Dazu zählen besonders prominent das Stimmrecht in freien Wahlen und Abstimmungen, das politische Versammlungs- und Vereinigungsrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung im öffentlichen Raum. Die Idee der Demokratie verdichtet sich in persönlichen Autonomierechten und politischen Mitwirkungsrechten. Die gemeinsame Klammer beider Bürger-

rechte ist das Ideal des selbstbestimmten und in dieser Selbstbestimmung gleichberechtigten Menschen. Damit bleibt die Demokratie dem Menschenbild der Aufklärung verbunden.

Demokratische Bürgerrechte

Der Gedanke menschlicher Selbstbestimmung manifestiert sich in einem Katalog persönlicher Autonomie- und politischer Mitwirkungsrechte, die den Status des demokratischen Bürgers begründen. Die demokratischen Bürgerrechte bilden den institutionellen Kern der Demokratie. Andere institutionelle Merkmale wie Gewaltenteilung, Verbändepluralismus und Mehrparteiensystem sind nur Derivate der Bürgerrechte. Denn diese Merkmale werden automatisch Realität, wenn der Katalog demokratischer Bürgerrechte in vollem Umfang verwirklicht wird.

Es sind die Bürgerrechte, die Demokratie im Alltagsleben der Menschen erfahrbar und praktikierbar machen. Sie machen den Gedanken der Demokratie seit jeher für breite Bevölkerungsschichten attraktiv. In der Vergangenheit und noch heute sind so gut wie alle Volksbewegungen, die sich Demokratie als Ziel auf ihre Fahnen geschrieben haben, im Grunde als Bürgerrechtsbewegungen aufgetreten. Macht sich Demokratie an Bürgerrechten fest, dann ist gelebte Demokratie mit praktizierten Rechten identisch. Nun werden solche Rechte von den Menschen aber nur dann praktiziert, wenn die Normen, die durch diese Rechte gesetzt werden, mit den Werten der Menschen übereinstimmen. Es widerspricht der Idee von Rechten als freiwillig nutzbaren Handlungsmöglichkeiten, wenn man die Menschen zwingen würde, sie auch tatsächlich zu nutzen. Aus diesem Grund kann man davon ausgehen, dass Rechte, die von den Menschen nicht geschätzt werden, weil sie nicht ihrem Wertesystem entsprechen, ungenutzt bleiben – auch wenn es kei-

nerlei praktische Hindernisse an der Ausübung dieser Rechte gibt.

Wie gesagt, demokratische Bürgerrechte normieren das Leitbild eines entscheidungsfreien und in seiner Entscheidungsfreiheit gleichberechtigten Menschen. In Kontexten, in denen dieses Menschenbild nicht verankert ist, muss man annehmen, dass Bürgerrechte von den meisten Menschen weder praktiziert noch respektiert werden. In solchen Fällen bleibt Demokratie, sofern sie nicht ganz verschwindet, ein Oberflächenphänomen, das möglicherweise die Mechanik des politischen Betriebs, nicht aber die Alltagspraxis der Menschen prägt.

Was die kulturellen Grundlagen der Demokratie angeht, gibt es zwei verbreitete Irrtümer. Zum Ersten ist der Glaube verbreitet, dass die Menschen praktisch überall Freiheit und Demokratie befürworten und nur durch tyrannische Herrscher an der Realisierung dieses Wunsches gehindert werden. Entsprechend muss man nur die Tyrannen davonjagen, und der natürliche Wunsch der Menschen nach Demokratie wird obsiegen. So lässt sich vereinfacht die Fehldiagnose der Bush-Administration in Bezug auf Afghanistan und Irak beschreiben. Der Irrtum liegt darin, dass das Bedürfnis der Menschen nach Freiheit und Demokratie eben keine Konstante ist, sondern ganz erheblich von Gesellschaft zu Gesellschaft variiert.

Einem zweiten Irrglauben zufolge kann man das Bedürfnis der Menschen nach Demokratie dadurch ermitteln, dass man sie direkt nach ihren Systempräferenzen befragt, sie also auffordert, sich zur Wünschbarkeit von Demokratie und autoritären Systemalternativen zu äußern. Nach diesem Verfahren stellt man in der Tat große Unterschiede zwischen den Gesellschaften fest, wie die Ergebnisse der *World Values Surveys* zeigen. Während in manchen Ländern wie Russland recht gemischte Präferenzen vorherrschen, verteilen sich

in einigen anderen Ländern wie Schweden die Präferenzen überwältigend zugunsten der Demokratie. Ermutigend ist dabei, dass die Präferenzen in kaum einem Land nicht wenigstens leicht zugunsten der Demokratie verteilt sind. Insofern genießt die Demokratie im Blick über die verschiedenen Länder doch einen beachtlichen Präferenzvorsprung. Das ist für sich genommen bereits ein positives Zeichen, spricht es doch für einen globalen Legitimitätsvorsprung der Demokratie. Allerdings sollte man diesen Befund auch nicht überbewerten. Denn Demokratie gegenüber Diktatur zu befürworten sagt noch lange nichts über die Gründe, warum man das tut. Aus diesem Grund ist eine explizit gemachte Demokratiepräferenz nicht unbedingt ein Indikator für starke Motive, sich auch aktiv für demokratische Freiheiten einzusetzen. Entsprechend findet man nur einen schwachen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Menschen mit expliziten Demokratiepräferenzen in einem Land und dem tatsächlichen Demokratisierungsgrad dieses Landes: Wissend, wie hoch der Prozentanteil der Menschen eines Landes ist, die Demokratie gegenüber anderen Systemen bevorzugen, kann man nur etwa fünfundzwanzig Prozent der Unterschiede im Demokratisierungsgrad zwischen den Ländern erklären.

Warum ist das so? Demokratie ist eine Errungenschaft, die aktiv von den Menschen unterstützt werden muss, wenn sie gedeihen soll. Gegen autoritär gesinnte Eliten muss Demokratie aktiv erstritten und verteidigt werden. Und unter demokratisch gesinnten Eliten müssen die Menschen die Demokratie aktiv praktizieren, um sie mit Leben zu füllen. Zu diesem aktiven Einsatz sind die Menschen aber nicht schon deshalb bereit, weil sie in der Demokratie gewisse Vorteile sehen, die sie veranlassen, die Demokratie gegenüber alternativen Systemen zu bevorzugen. Worauf es ankommt, ist nicht das Vor-

handensein einer demokratischen Systempräferenz als solcher. Entscheidend ist vielmehr die Motivation, die eine solche Präferenz speist. Nur wenn diese Präferenz von emanzipatorischen Werten getragen wird, die vom Leitbild eines selbstbestimmten und gleichberechtigten Menschen inspiriert sind, haben die Menschen einen tief sitzenden Impuls, sich aktiv für demokratische Freiheiten einzusetzen. Und nur wenn dies der Fall ist, haben demokratische Systempräferenzen einen signifikanten Effekt auf den tatsächlichen Demokratisierungsgrad eines Landes. Das belegen die Befunde der *World Values Surveys* mit großer Eindeutigkeit.

Mit demokratischen Systempräferenzen alleine kann man jedoch bestenfalls zwanzig bis dreißig Prozent der Unterschiede erklären, die die Länder im Grad ihrer Demokratisierung aufweisen. Gewichtet nach der Stärke emanzipatorischer Werte, erklären demokratische Systempräferenzen aber achtzig Prozent der Unterschiede im Demokratisierungsgrad verschiedener Länder.

Emanzipatorische Werte sind keine expliziten Systempräferenzen. Sie umschließen aber tief sitzende Grundhaltungen zum Leben, den Mitmenschen und zur Rolle von Autorität im Allgemeinen. Obwohl diese Grundorientierungen keinen offen ausgesprochenen Bezug zu politischen Objekten haben, etwa dem präferierten politischen System, so haben sie doch höchst unmittelbare Folgen für politische Systeme. Denn emanzipatorische Werte sind unvereinbar mit der Akzeptanz unbeschränkter und unkontrollierter Autorität über die Menschen und begründen einen inneren Impuls, sich aktiv für demokratische Freiheiten einzusetzen – ob das nun für deren Errichtung, Verteidigung oder Vertiefung ist. Und da wertkonformes Handeln eine stark handlungsleitende Kraft ist, neigen die Menschen selbst dann zu wertkonformem Handeln, wenn sie damit Risiken einge-

hen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass emanzipatorische Werte ein aktives Engagement für demokratische Freiheiten und emanzipatorische Werte tatsächlich dieses Engagement befördern und dadurch die Chancen der Errichtung, Stabilisierung und Vertiefung von Demokratien positiv beeinflussen.

Emanzipatorische Werte erwachsen aus der Freiheit von Existenzangst, begründen ein gesundes Selbstbewusstsein und in Verbindung damit ein prinzipielles Vertrauen in die Mitmenschen und deren Freiheit. In Kopplung an diese Werte – und nur in Kopplung an diese Werte – erweisen sich demokratische Systempräferenzen als relevant für tatsächliche Demokratie.

Konkrete Lebenserfahrungen

Angesichts der hier berichteten Erkenntnisse spitzt sich die Frage der Universalisierbarkeit von Demokratie auf die Frage zu, ob emanzipatorische Werte universalisierbar oder eben doch ein spezifisches Kulturprodukt des Westens sind, das man nicht auf andere Länder übertragen kann. Die Beantwortung dieser Frage hat einen eher pessimistischen Teil und einen eher optimistischen Teil.

Zunächst zum pessimistischen Teil: Werte sind nicht einfach in andere kulturelle Kontexte übertragbar, weil Werte an konkrete Lebenserfahrungen gekoppelt sind, ohne die sie sich nicht im Bewusstsein und in der Gefühlswelt der Menschen festsetzen. Man kann Werte ohne die sie stützenden Erfahrungen propagieren und lehren. Doch kann man sie nicht in der Mentalität der Menschen verankern, wenn sie ihnen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen völlig lebensfremd erscheinen. Insofern muss man pessimistisch feststellen, dass emanzipatorische Werte nicht gezielt „vermarktbar“ sind – auch nicht durch mediale Beherrschung der globalen Kommunikationsströme. Allerdings ist es auch

nicht so, dass emanzipatorische Werte per definitionem ein genuin westliches Kulturphänomen darstellen, das woanders gar nicht aufkeimen kann. Vielmehr ist es so, dass emanzipatorische Werte das Produkt bestimmter Lebenserfahrungen sind, dass wir diese Erfahrungen recht genau benennen können und dass es sich dabei um Erfahrungen handelt, die im Zuge sozioökonomischer Veränderungen auch in nichtwestlichen Ländern gemacht wurden und gemacht werden. Emanzipatorische Werte können also variieren, wenn die Lebenserfahrungen, die diese Werte prägen, ebenfalls variieren.

Welches sind die Erfahrungen, aus denen emanzipatorische Werte erwachsen? Emanzipatorische Werte verbinden zwei Elemente. Sie verbinden eine libertäre Haltung, die Freiheiten für die eigene Person geltend macht, mit einer egalitären Haltung, die die gleichen Freiheiten eben auch für andere Personen einfordert. Insofern verbinden sich Selbstachtung und Fremdachtung in einer emanzipatorischen Haltung. Welche Erfahrungen speisen diese Haltung?

Ein Blick in die Entstehung frühdemokratischer Strukturen ist zur Beantwortung dieser Frage hilfreich. Dabei geht es um die Erfahrungen, die die Menschen in Gesellschaften gemacht haben, in denen demokratische Freiheitsrechte wenigstens für relevante Teile der Bevölkerung eingerichtet wurden. Dies ist im vorindustriellen Zeitalter bezeichnenderweise nur in Freibauerngesellschaften und in Marktgesellschaften mit Mittelschichtenprägung geschehen. Verglichen mit Feudalgesellschaften und despotischen Agrarzivilisationen, waren die Menschen, die in Freibauern- und Marktgesellschaften lebten und dort zu den mittleren Schichten gehörten, durch zwei Erfahrungen geprägt. Zunächst eröffnete das allgemeine Besitzrecht an Land und Vermögen denjenigen, die etwas besaßen, ein größeres Maß an individueller

Entscheidungsfreiheit als in Gesellschaften, in denen alle Menschen, die nicht zur dünnen Oberschicht gehörten, vom Besitzerwerb und von Märkten ausgeschlossen waren. Entscheidungsfreiheit in Existenzfragen war damit eine wesentliche Erfahrung. Hinzu kommt, dass diese Erfahrung von Entscheidungsfreiheit in eigenen Angelegenheiten eine weithin geteilte Erfahrung war. Denn Marktzugang und die Möglichkeiten des Besitzerwerbs waren recht breit über die mittleren Schichten gestreut. Von daher bestand eine relative Gleichheit in den Chancen, die eigenen Talente ökonomisch nutzbar zu machen. Diese relative Gleichheit in den Gestaltungschancen richtet das vorhandene Freiheitsethos egalitär aus. Zusätzlich wurde die egalitäre Ausrichtung durch die Signifikanz von Marktstrukturen unterstützt. Marktbeziehungen sind wechselseitige Austausch- und Verhandlungsbeziehungen, die eine stark horizontale Ausrichtung haben, weil die Abwicklung eines kommerziellen Geschäfts wie auch eines zivilen Projekts von beiden Seiten gleichermaßen Zustimmung erfordert. Neben ein Bewusstsein individueller Entscheidungsfreiheit tritt so ein Bewusstsein um die Gleichheit in dieser Freiheit.

Der beschriebene Erfahrungshintergrund ist für die Akzeptanz politischer Ordnungsmodelle von unmittelbarer Relevanz, weil er die Haltungen der Menschen zu politischer Autorität prägt. Menschen, die es aus Erfahrung gewohnt sind, sich auf ihr eigenes Urteil zu verlassen und Entscheidungen, die ihre Existenz betreffen, selbst zu fällen, werden unkontrollierte und unumschränkte Autorität, sei sie säkular oder religiös legitimiert, nicht akzeptieren. Und Menschen, die erfahren haben, dass man mit anderen Menschen, unabhängig von nationaler und religiöser Herkunft, in Austauschbeziehungen zum wechselseitigen Nutzen treten kann, werden auch nicht die Diskriminierung von

Menschen aufgrund von Herkunftsmerkmalen akzeptieren. Diese Erfahrungen sind in ihrer Stoßrichtung antiautoritär und antidiskriminatorisch oder prolibertär und proegalitär. Erst der Erfahrungshintergrund von individueller Entscheidungsfreiheit und von Gleichheit in kommerziellen und zivilen Tauschbeziehungen macht die Menschen empfänglich für die Idee demokratischer Freiheitsrechte. Sie erscheint ihnen als natürliche Manifestation ihrer Lebenserfahrung. Ohne diese Erfahrungen kann man den Menschen möglicherweise kognitiv verständlich machen, was demokratische Freiheitsrechte sind. Ob es aber gelingen kann, sie nachhaltig im Wertesystem der Menschen zu verankern, ist mehr als fragwürdig.

Individuelle Ressourcen

Wie stark Entscheidungsfreiheit und Gleichheit in den Alltagserfahrungen der Menschen verankert sind, kann man an der Streuung individueller Ressourcen in einer Gesellschaft erkennen. Zu diesen Ressourcen zählen materielle Ressourcen (Vermögen, Einkommen, Güter), intellektuelle Ressourcen (Qualifikation, Wissen, Kenntnisse) und kommunikative Ressourcen (Kontaktmöglichkeiten, Informationszugang, Verfügbarkeit von Kommunikationstechnologie). Da diese Ressourcen immer auch Handlungsressourcen bedeuten, sind Individuen, die über mehr Ressourcen verfügen, in ihren Handlungen freier. Denn ihnen stehen mehr Handlungsoptionen zur Verfügung, zwischen denen sie wählen können. Und in Gesellschaften, in denen diese Ressourcen für viele Menschen verfügbar sind, sind die Menschen in dieser Freiheit relativ gleich. Entsprechend sind emanzipatorische Werte vor allem in den Gesellschaften stark ausgeprägt, in denen individuelle Ressourcen breit gestreut sind. Der entscheidende Zusammenhang ist dabei gerade nicht, dass Menschen emanzi-

patorischer werden, weil sie mehr individuelle Ressourcen als andere Menschen in ihrer Gesellschaft haben. Vielmehr werden die Menschen emanzipatorischer, weil sie in einer Gesellschaft leben, in der auch die meisten anderen Menschen über viele Ressourcen verfügen. Ein Gefühl existenzieller Sicherheit, das emanzipatorische Werte speist, wird nicht durch die Exklusivität des eigenen Ressourcenstatus, sondern im Gegenteil durch seine Allgemeinheit erzeugt. Exklusivität erzeugt eher Festungsmentalitäten als emanzipatorische Werte.

Festzuhalten bleibt, dass man demokratische Bürgerrechte zwar in jeder Gesellschaft konstitutionell in Kraft setzen kann. Das heißt aber noch lange nicht, dass diese Bürgerrechte auch effektiv praktiziert werden – auch nicht bei optimaler institutioneller Gestaltung. Das Dilemma ist eben, dass Institutionen zwar sich selbst, nicht aber die ökonomischen und kulturellen Kontextbedingungen in Kraft setzen können, die sie brauchen, um funktionieren zu können. Die Demokratie kann eben nicht, wie schon der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde feststellte, ihre materiellen und immateriellen Lebensgrundlagen aus eigener Kraft herstellen. Es ist deshalb ein hoffnungsloses Unterfangen, Demokratie allein über den Export von Institutionen verankern zu wollen. Damit demokratische Institutionen sich konsolidieren können, bedarf es der Schaffung der materiellen und kulturellen Existenzbedingungen der Demokratie.

In dieser Hinsicht ist Demokratie doppelt kontextgebunden. Demokratische Freiheitsrechte werden nur von Menschen eingefordert und praktiziert, die dazu aufgrund ihrer Werte motiviert sind. Diese Werte sind emanzipatorischer Natur und bilden den kulturellen Kontext der Demokratie. Damit demokratische Freiheitsrechte von den Menschen eingefordert und praktiziert werden, müssen

diese Menschen aber nicht nur aufgrund ihrer Werte dazu motiviert sein. Sie müssen dazu auch aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen dazu befähigt sein. Die Streuung dieser Ressourcen konstituiert den sozioökonomischen Kontext der Demokratie.

Eine demokratische Gesellschaft besteht im weiteren Sinn (Demokratie als Lebensweise) zunächst aus einem demokratischen System im engeren Sinn (Demokratie als Regelwerk). Um gedeihen zu können, muss das demokratische System aber in einen kulturellen Kontext eingebunden sein, der demokratische Bürgerrechte im Wertehorizont der Menschen verankert. Dieser kulturelle Kontext wiederum kann nur in einem sozioökonomischen Kontext entstehen, der durch breit gestreute individuelle Ressourcen die Erfahrungen stützt, aus denen emanzipatorische Werte erwachsen. Erst die Verkopplung eines demokratischen Regelwerks im engeren Sinn mit einem demokratischen Kontext im weiteren Sinn konstituiert eine insgesamt demokratische Gesellschaft. In Anbetracht dieser Erkenntnisse ist der Aufbau demokratischer Gesellschaften zwar keine durch und durch unmögliche, aber doch sehr schwierige – weil voraussetzungsreiche – Aufgabe. Diese Einsicht ist zwar unbequem. Das macht sie aber nicht weniger wahr. Ohne Sicherheit und Wohlstand ist es unwahrscheinlich, dass eine Gesellschaft die Werte verinnerlicht, die demokratische Ideale großschreiben. Und ohne diese Werte ist es unwahrscheinlich, dass demokratische Bürgerrechte tatsächlich praktiziert und respektiert werden. Demokratie ist letztlich eine emanzipatorische Errungenschaft, die einer entsprechend emanzipatorischen Kultur bedarf, um blühen zu können. Diese Einsichten sind nicht neu. Es lohnt sich aber, sie von Zeit zu Zeit zu wiederholen, da sie immer wieder allzu leicht in Vergessenheit geraten.